

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa,
Genruß Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkommandos Weihen.

Postkonton: Dresden 1539
Cirokoffe Riesa Nr. 82.

Nr. 48.

Freitag, 26. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Kuchtag, feste Tarife, Vermittlung Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittlich, Riesa.

Mussolinis Angstpolitik.

In seinen Reden, die sich gegen das entfaltete Deutschland richteten, gebrauchte Herr Mussolini manch kräftiges Wort, manch heldische Geste begleitete sie. Aber war es wirklich die Kraft eines seiner Stärke bewußten Landes, die aus den Worten des italienischen Diktators sprach? Wir glauben es kaum. Mussolini kennt zu genau die wahren Kraftverhältnisse. Es war mehr angelegene Angst, die ihn zu seiner Gekörbe führte, zu einer Gekörbe, die ohne Folgen bleiben mußte, da sie in einem Augenblick Worte fand, wo der, an den sie gerichtet waren, ohnmächtig und wehrlos am Boden liegt. Aber diese Ohnmacht ist nur eine momentane Erscheinung. Die Weltgeschichte geht stetig ihren weiteren Lauf. Was heute schwach ist, kann morgen stark sein, was heute stark sich gebärdet, kann morgen vom Wind dahingefegt sein. Die Möglichkeit einer Wiederherstellung Deutschlands, die Möglichkeit des Wiederaufbaues seiner Wirtschaftskraft, das waren die Momente, die in erster Linie Herrn Mussolini bewegen, einen Einschüchterungsversuch zu machen. In den letzten Tagen haben wir gehört, daß der italienische Diktator sehr eifrig bemüht ist, einen engeren Anknüpfungspunkt an die kleine Entente zu betreiben. Die Anknüpfungspunkte sind es hier, die Mussolini veranlassen, Hilfe gegen solche Bestrebungen außerhalb seines Landes zu suchen. Noch vor nicht allzu langer Zeit hatte ein solcher Versuch Mussolinis in Belgard förmlichen Schiffbruch gelitten. Man war dort keineswegs gestimmt, sich von Italien in dieser Frage ins Schlepptau nehmen zu lassen. Was inzwischen die Belgard-Diplomatie bewegen hat, den Kurs ihrer Politik wieder herumzuwerfen, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls haben wir festzuhalten, daß der jugoslawische Außenminister Nintschitsch in diesen Tagen mit Mussolini in Rom zusammengetroffen ist, um dort mit ihm sehr eingehend über die Frage des Anknüpfens Österreichs an Deutschland sich auszusprechen. Mussolini wird sich aber nicht auf Verhandlungen mit Belgard beschränken. Er hat seine Kräfte bereits nach Prag ausgedehnt, um die Fischhofslowacki durch Verhandlungen in die gemeinsame Front gegen die Anknüpfungspunkte hineinzuziehen. Im Zusammenhang hiermit gewinnt der angeführte Besuch des tschechischen Außenministers Beneš in Wien erhöhte Bedeutung, denn es ist anzunehmen, daß er dort versuchen wird, von der österreichischen Regierung gewisse Zusicherungen zu erhalten, die er politisch dann wohl auszunutzen verstehen würde. In der Frage der italienischen Schutzherrschaft in Süditalien hat die österreichische Regierung eine, wohlwollend ausgedrückt, sehr passive Haltung eingenommen. Es wäre daher zu wünschen, daß die Wiener Regierung bei den kommenden Verhandlungen mit Beneš einen Standpunkt erkennen läßt, der ausweidichtig ist und sie von jedem Verdacht freihalten könnte. Der Anknüpfung Österreichs an das deutsche Mutterland ist eine Notwendigkeit, die aus dem Selbstbestimmungsrecht der beiden Völker erwächst. Auf dieses Recht werden wir immer bestehen, wenn auch in diesem Augenblick Ententezwang uns verhindert, dem Recht die Tat folgen zu lassen.

Große Flottenpläne Mussolinis.

qu. Rom. Mussolini hat gestern die italienische Admiralität empfangen. Nach dem amtlichen Bericht hat er sich zuerst über den bei den Mannschaften herrschenden Geist erkundigt, der nach Schilderungen des Admirals Simonetti ausgezeichnet sein soll. — Er hat sich daraufhin lange Zeit mit dem Unterstaatssekretär für Marine allein unterhalten, wobei einige wichtige Fragen, darunter die Rekonstruktion der italienischen Marine, besprochen worden sind. Hierfür wurde für die nächsten Tage eine neue Besprechung angelegt, an der auch der Finanzminister teilnehmen wird.

Der Kampf um die Ratsitze.

(London. Der Berichterstatter des B.B. in London erzählt, daß die Lage bezüglich der Erweiterung des Völkerbundes durch andere Mächte als Deutschland keine Veränderung aufweist. Ein Beschluß des britischen Kabinetts über die Haltung, die der britische Vertreter in der Sitzung des Völkerbundes in dieser Frage einnehmen soll, ist bisher nicht gefaßt worden. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die öffentliche Meinung Englands geschlossen gegen eine Aufnahme anderer Mächte als Deutschlands in den Völkerbundrat im gegenwärtigen Zeitpunkt ist und daß die Haltung der britischen Regierung durch diese Tatsache nicht unberührt bleiben kann. Andererseits scheint es nach der in höchsten politischen Kreisen herrschenden Auffassung unvermeidlich, daß die allgemeine Frage der Erweiterung des Rates in der Sitzung des Rates im März erörtert werden wird und daß dabei die deutschen Vertreter Gelegenheit haben werden, ihre Ansicht in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen. Im großen und ganzen scheint jedoch der allgemeine Eindruck hier dahin zu gehen, daß der Gang der Ereignisse Deutschland kaum einen Grund zur Enttäuschung bieten wird.

Japan und Brasilien gegen eine weitere Vermehrung der Völkerbundsmitglieder?

Die Moskauer Zeitung weiß aus London zu melden: Die japanischen diplomatischen Vertreter bei den Regierungen der Alliierten haben die Erklärung abgegeben, daß Japan im Völkerbundrat gegen jede Vermehrung der Ratsitze

Ratsitze über Deutschland hinaus stimmen werde. Brasilien hat gleichzeitig erklärt, daß es keine Kandidatur auf einen künftigen Ratsitz fallen läßt, wenn ihm von den künftigen Ratsmitgliedern die Zustimmung gegeben wird, daß mit Deutschland kein Abkommen getroffen werde, das geeignet sein könnte, die Wiederaufnahme seiner Kandidatur zu einem späteren Zeitpunkt unmöglich zu machen.

Die deutsche Delegation tritt.

qu. Berlin. Gegenüber den bisherigen Nachrichten über die Zusammenfassung der deutschen Delegation für Genf erzählt man von zünftiger Seite, daß außer den Delegationsführern bis jetzt noch nichts feststeht. Die Delegation werde sehr klein sein.

Besprechungen mit den Parteiführern.

qu. Berlin. Die wir hören, werden der Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der Reichsfinanzminister Dr. Luther vor ihrer Abreise nach Genf mit den Führern der großen Reichstagsparteien Rücksprache nehmen, um mit ihnen den Stand der Völkerbundsfrage zu erörtern. Es ist dabei anzunehmen, daß von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie ein einmütiger Standpunkt zum Ausdruck gebracht wird, der die Haltung der Reichsregierung billigt. Was die Deutschnationalen anbetrifft, so halten sie zwar auch jetzt noch an der Ablehnung des Eintritts in den Völkerbund fest, aber sie geben der Auffassung Ausdruck, daß nach der nun einmal erfolgten Einreichung des deutschen Zulassungsgesuches, der von der Regierung eingenommene Standpunkt in der Frage der Ratsitze gebilligt werden müsse.

Die Vorbereitungen in Genf.

qu. Genf. Die deutsche Delegation wird in Genf im Hotel Metropole und Geneva Palace wohnen, ein großes Gebäude am Jardin Anatais, und zwei Häuserblocks vom Reformationsplatz, dem Sitz der Völkerbund-Vollversammlung entfernt. Dagegen ist das Hotel ziemlich weit vom Palais des Völkerbundes, dem Sitz des Rates, entfernt, das am gegenüberliegenden Ufer des See-Sees liegt. Die übrigen Hauptdelegationen wohnen in der Nähe des Palais, die Engländer im Beau Rivage, die Franzosen im Hotel Berques. Die Japaner und der tschechische Minister Dr. Beneš steigen gewöhnlich auch im Metropole ab.

Französische Befürchtungen.

qu. Berlin. Aus Paris wird gemeldet, daß bei der französischen Regierung gewisse Befürchtungen aufgetaucht sind, weil Reichsfinanzminister Dr. Luther mit nach Genf gehen wird. Die französische Regierung erblickt darin die Absicht, die deutsche Delegation werde in Genf sofort entscheidende Beschlüsse über eine eventuelle Jurisdiktion des Zulassungsgesuches fassen, wenn dem deutschen Standpunkt nicht Rechnung getragen wird. Wie wir von untrübter Seite erfahren, sind diese französischen Befürchtungen nur insofern begründet, als die deutsche Delegation sich tatsächlich gewisse Entschlüsse vorbehalten wird, wenn die Gegenstände über die Frage der Ratsitze durch weitere polnisch-französische Mandate verifiziert werden sollte.

Finanz- und Wirtschaftsfragen im Haushaltsausschuß des Reichstages.

qu. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Donnerstag zunächst über die Frage einer Ausfallgarantie des Reiches für den Export nach Rußland. Nachdem Abg. Dr. Cremer (D.P.) über die Einzelheiten der Angelegenheit berichtet und Abg. Dr. Quaas (Dn.) starke Bedenken geltend gemacht hatte, beschloß der Ausschuß mit großer Mehrheit, der Reichsregierung die Ermächtigung zu erteilen, aufgrund eines Antrags des Abg. v. Raumer (D.P.) nach Maßgabe bestimmter festgelegter Voraussetzungen eine Garantie für Lieferungsgegenstände nach Rußland bis zum Höchstbetrag von 100 Millionen Reichsmark zu übernehmen, jedoch derart, daß die Befristung der Industrie auf 20 Prozent beschränkt bleibt, während für weitere Ausfälle die Garantie von Reich und Ländern in Höhe von 75 Prozent des Ausfalls eintritt, woran Reich und Länder im Verhältnis von sieben zu fünf beteiligt sind.

Besprechung des Finanzetats

qu. Berlin. (Str.) führte aus, wenn die Wirtschaft in vollen Gang komme, natürlich auch die Steuererträge besser werden würden, so daß der Etat für 1927 möglicherweise balancieren könnte. Der Redner bedauerte, daß die Regierung in der Wohnungsfrage noch keine endgültigen Vorschläge gemacht hätte. Das Zentrum würde den Steuervorschlägen des Finanzministers kaum zustimmen, wenn die Regierung nicht vorher ausreichende Mittel zur Jungausführung des Bauprogramms ausbringen könne.

Reichsfinanzminister Dr. Reichold

versicherte zu obigen Darlegungen, daß sich die Reichsregierung bereits eingehend mit einem Bauprogramm für den Sommer beschäftigt habe. Es sei der Regierung wichtig, das Bauprogramm in großem Umfang durchzuführen, weil das Baugewerbe zahlreichen anderen Gewerben Brot und Arbeit gebe. Von der Hauszinssteuer würden fünfzehn bis zwanzig Prozent dem Bauprogramm zufließen. Wenn diese Steuer aufammen fünf Milliarden Ertrag gäbe, so

würden für das Bauprogramm bis zu einer Milliarde Reichsmark verfügbar sein.

Abg. Dr. Cremer (D.P.) erklärte die grundsätzliche Zustimmung seiner Partei zu dem von der Reichsregierung verfolgten Ziel einer Antarkelung der Wirtschaft durch Erleichterung der Steuerlast. Es sei zu erwägen, ob die Umsatzsteuer nicht beweglich gehalten werden könne. Die Umsatzsteuer müsse ganz verschwinden. Die Aufnahme einer Auslandsanleihe für Bauzwecke habe harte Bedenken.

Abg. Merk (Bau. V.) vermachte den Finanzminister des Finanzministers und des Reichsministers nicht zu teilen. Die dreimalige Senkung der Umsatzsteuer sei so gut wie wirkungslos geblieben, also werde sich auch jetzt kaum eine Senkung in den Preisen festerer Güter machen. Der Redner kritisierte insbesondere die Erbschaftsteuer.

Abg. Dr. Fischer-Rohlf (Dem.) billigte das Wirtschaftsprogramm der Regierung, von dem die Steuererleichterungen nur ein Teil seien. Die Einzelpläne des Reichswirtschaftsministers fanden grundsätzlich die Billigung der Demokraten. Das Reichsbahnprogramm könne wohl eine wesentliche Erweiterung erfahren. Die Kritik der Deutschnationalen gegenüber dem Programm des Finanzministers erweise sich sachlich unberechtigt und behalte zum Teil in theoretischen Deklamationen. Entscheidend sei für die demokratische Partei in dem neuen Finanzprogramm die Ankündigung eines Staatsgrundgesetzes, eines Steuerhinterzugesgesetzes und einer umfassenden einheitlichen Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden. Die demokratische Partei sei bereit, sich in die von Reichsfinanzminister geforderte Kooperationsgemeinschaft unter Zurücklassung jedes Parteiprejudizes einzufügen. Damit war die Generaldebatte geschlossen.

Nach Bewilligung der ersten Kapitel des Finanzetats wurde die Spezialdebatte auf Freitag vertagt.

Reichsratsbeschlüsse.

qu. Berlin. Der Reichsrat verhängte die Tausch der Verordnung über die Beschäftigung von Jugendlichen und Arbeiterinnen in Glashütten nur um ein Jahr, während die Regierung zwei Jahre vorgezogen hätte.

Angenommen wurde ein Gesetzentwurf, wonach aus dem Mitteln der Reichsgetreidekasse 60 Millionen zur Deckung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Wege von Darlehen verwandt werden sollen. 35 Millionen sollen auf 15 Jahre für landwirtschaftliche Bodenverbesserungen, 15 Millionen für Siedlungszwecke ebenfalls auf die Dauer von 15 Jahren verwendet werden und 10 Millionen zur Durchführung iontischer wirksamer Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Auf Antrag Bayerns wurde noch besonders hinzugefügt, daß auch zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse Darlehen gegeben werden sollen.

Weiterhin wurde eine Novelle zum Gesetzentwurf über Fieberthermometer angenommen, wonach die Ausfuhr von Kapillaren und Röhren, die zur Herstellung von Fieberthermometern geeignet sind, bei Strafe verboten ist. Auch der Versuch ist strafbar.

Die Stimmenzahl im Reichsrat wurde auf Grund des Ergebnisses der letzten Volkszählung derart geregelt, daß nunmehr haben: Preußen 7, Bayern 11, Sachsen 7, Württemberg 4, Baden 3, Thüringen, Hessen und Hamburg je 2, die übrigen Länder je 1 Stimme; zusammen 68 Stimmen gegen bisher 60. Preußen und Bayern erhielten je eine Stimme mehr.

Das Verfahren gegen Bulle und Genossen.

qu. Berlin. Auf Grund der Beschuldigungen Grütze-Wehlers in der Gerichtsverhandlung vom 11. Dezember 1925 ist sofort ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen die Abg. Bulle, Kube und Uhlmann eingeleitet und Ende Dezember auch von der Staatsanwaltschaft unternommen worden. Das Ermittlungsverfahren gegen Uhlmann ist anhängig, aber ein Verfahren gegen Bulle und Kube ist bis zur Aufhebung ihrer Abgeordneten-Immunität verfassungsgemäß nicht zulässig. Dem Ersuchen des Abg. Bulle, ihn zu vernehmen, konnte aus dem Grunde der Immunität nicht entsprochen werden, weil die Aufhebung der Immunität ohne Zustimmung des Parlaments nicht möglich ist und die Anhörung des Abg. Bulle zu Mißverständnissen hätte führen können. Uhlmann ist zur polizeilichen Vernehmung am 9. Februar geladen worden; er lehnte jedoch sein Erscheinen mit dem Vorwand ab, er könne vor der Polizei nichts ausagen, weil solche Aussagen von der Links-Presse mehrfach tendenziös ausgedeutet worden seien. Er wolle nur vor dem Untersuchungsdichter ausagen. Uhlmann ist nunmehr unter Androhung der zwanagsweiligen Verhaftung wieder zum 20. Februar vorgeladen worden.

Die Londoner Arbeitskonferenz.

qu. Berlin. Die Einladung der englischen Regierung zu der voraussichtlich am 15. März in London beginnenden Konferenz über eine internationale Regelung der Arbeitszeit ist hier eingegangen. In der Konferenz sind die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Belgien und Italien eingeladen. Die englische Regierung wird sich auf der Konferenz durch den Arbeitsminister Sir Steel-Maitland, den parlamentarischen Staatssekretär Betterton und den Staatssekretär des Arbeitsministers Sir Horace Wilson vertreten lassen. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns beabsichtigt, persönlich an der Konferenz teilzunehmen. Er wird von mehreren Beamten des Reichsarbeitsministeriums begleitet werden.